Die
Posener Zeitung
erscheint täglich mit Ausnahme
Montags.

Bestellungen
nehmen alle Post-Anstalten des
In- und Auslandes an.

Posener Zeitung.

Das
Abonnement
beträgt vierteljährl. für die Stadt
Posen 1 Rthlr., für ganz Preußen
1 Rthlr. 7 sgr. 6 pf.

Insertionsgebühren
1 sgr. 3 pf. für die viergespaltene
Zeile.

№ 55. Mittwoch den 7. März. 1849.

Inland.

Berlin, den 5. März. Se. Majestät der König haben Allergnädigst geruht: dem Obersten von Rogenbach, Commandeur des Großherzoglich Badenschen 2ten Dragoner-Regiments, den Rothen Adler-Orden dritter Klasse, und dem Regiments-Arzte Dr. Weber desselben Regiments, so wie dem Land- und Stadtgerichts-Rathe Gröninger zu Horstmar, dem beim provisorischen Kreisgerichte zu Wetzlar fungirenden Justizrathe Schumann und dem Hof-Prediger Hintze in Alt-Landsberg den Rothen Adler-Orden vierter Klasse; desgleichen dem Unterarzte Strobel des Kaiser Alexander-Grenadier-Regiments das Allgemeine Ehrenzeichen zu verleihen.

Berlin, den 6. März. Se. Majestät der König haben Allergnädigst geruht: Allerhöchstihren bisherigen General-Konsul in Antwerpen, den Legations-Rath Maximilian Philipsborn, zum Wirklichen Legations- und vortragenden Rath in dem Ministerium der auswärtigen Angelegenheiten zu ernennen.

Der Ober-Präsident der Rhein-Provinz, Eichmann, ist von Koblenz hier angekommen.

Berlin, den 5. März. Die Nachricht, daß von Seiten des Staatsministeriums beschlossen worden sei, der Ausführung der Verordnung vom 2. Januar d. J., über die anderweitige Einrichtung der Gerichte, noch Anstand zu geben, ist, wie wir mitzutheilen ermächtigt sind, unbegründet. Auch hat sich von sämmtlichen Obergerichten kein einziges gegen die angeordneten Einrichtungen erklärt, vielmehr sind letztere von mehreren derselben ausdrücklich als zweckmäßig und den Verhältnissen ganz entsprechend gebilligt worden, und nur ein Obergericht hat wegen lokaler Hindernisse eine Prorogirung des Termins zur Ausführung in Antrag gebracht. In allen übrigen Obergerichts-Departements werden der Ausführung der Verordnung zu dem festgesetzten Zeitpunkte wesentliche Schwierigkeiten nicht entgegentreten.
(Allg. Pr. St.-A.)

Berlin, den 3. März. Die lith. Korrespondenz berichtet in ihrer letzten Nummer bereits von der Adresse der ersten Kammer auf die Thronrede: sie entspreche derselben Satz für Satz, drücke sich in Bezug auf die deutsche Frage im Sinne des Preußenthums aus, sei übrigens farblos u. s. w.

Wir bemerken dagegen, daß die Adreßkommission der ersten Kammer bis zur Abfassung der Adresse noch gar nicht gelangt ist, daß sie sich vorläufig erst über die Auffassung einiger wesentlichen Punkte geeinigt und über die deutsche Frage noch gar nicht debattirt hat. Daß bereits einige Mitglieder Adreßentwürfe auf ihre eigene Hand gemacht haben, bedarf nicht der Erwähnung. (D. R.)

— Die Reorganisation der hiesigen Bürgerwehr soll nun mit dem 1. April bestimmt beginnen, da die bis dahin eintretende vierteljährliche Umzugszeit ein früheres Aufstellen der Bezirkslisten unmöglich macht. Es ist zur Regulirung der Angelegenheit eine gemischte Deputation aus Mitgliedern des Magistrats und der Stadtverordneten-Versammlung niedergesetzt. Von Seiten des Staats werden für die früher verabfolgten Gewehre der Bürgerwehr jetzt große Anforderunger an die Commune gemacht. Sie soll die fehlenden Gewehre ersetzen und die Reparatur-Kosten der schadhaften tragen, was viele Tausend Thaler ausmachen würde. Indeß wird die Commune schwerlich eine Verpflichtung anerkennen.
(All. Z. C.)

— Der ehemolige Hofschauspieler Schneider, bekannt wegen seiner reaktionairen Konflikte, die ihn schon länger von der Bühne entfernt hielten, tritt nun ganz ab und folgt einem einträglichen Rufe des Kaisers von Rußland nach Petersburg.

— Die Charitéärzte Weidner und Keil sollen von ihrem Dienste in der Charité deshalb enthoben worden sein, weil sie vor den Wahlen Flugblätter des oppositionellen Wahlkomité's verbreitet haben. Der Medizinalstab der Armee soll sich sehr lebhaft zu Gunsten der beiden Aerzte verwendet haben, die doch nichts thaten, was bei den Wahlen des Militairs durch unmittelbare Vorgesetzte nicht in viel ausgedehnterem Maße geschehen wäre.

— Gestern erhängte sich hierselbst ein Mann, der vor seinem Tode alle seine Angelegenheiten mit großer Sorgsamkeit arrangirt hat. Unter andern fand man auf einem Tische in seiner Wohnung die vorschriftsmäßigen Abmeldezettel für den Revierkommissarius, wie sie beim Verlassen einer Wohnung erfordert werden, von der Hand des Entleibten herrührend, vor. Als den Ort seiner Abmeldung hatte er eigenthümlicher Weise den Ausdruck gebraucht: nach oben gezogen.

— Der Abgeordnete für die zweite Kammer Schaffraneck beabsichtigt, im Fall seine Wahl angegriffen werden sollte, sich wieder auf seine Kaplanstelle in Oberschlesien zurückzubegeben, wo er dann bei der Nachwahl für Bruno Bauer wirken will. Seine Stellung in der zweiten Kammer ist diesmal für ihn mißlich, da ihm beide Parteien wegen seines Widerrufs: „Errare humanum est" kein Vertrauen mehr schenken. Herr Schaffraneck hat sich jetzt wieder auf die linke Seite gesetzt und bish r mit dieser gestimmt

— In Folge der zahlreichen Proteste, welche Gerichtsbehörden, wie Private gegen die Ausführung der durch das Gesetz vom 2. Januar d. J. schon auf den 1. April angekündigten Umgestaltung des Justizwesens erhoben haben, soll im Ministerrath der Beschluß gefaßt worden sein, den vielfach, auch Seitens des Kammergerichts, geäußerten Wünschen in sofern nachzugeben, als die Reorganisation bis nach Berathung und Genehmigung des Planes durch die Kammern sistirt bleiben soll.

— In Mecklenburg befindet sich der Adel in Opposition gegen das Ministerium Lützow; er will eine erste Kammer, die nur aus recipirten Adligen bestehen soll, eine Ansicht, der das Ministerium, die obwaltenden Verhältnisse und die Zeitbewegung richtig erkennend, durchaus abgeneigt ist. Bei der Macht, die jedoch der Adel noch immer in Mecklenburg besitzt, und bei dem Schwanken des Großherzogs in dieser Frage, ist es nicht unmöglich, daß das Ministerium gestürzt wird und daß wir in Mecklenburg bald ein Hochtory-Ministerium an der Spitze der Geschäfte erblicken.

— Ein Ereigniß in der diplomatischen Welt, das Mancherlei zu bedenken giebt. Der bisherige Oesterreichische Gesandte v. Trautmannsdorf, der in Berlin als eingebürgert zu betrachten war, ist abberufen. Herr Prokesch von der Osten wird an seine Stelle treten.

— Wir haben bereits erwähnt, daß bei dem Buchhändler Löwenherz in Folge einer Haussuchung mißliebige Drucksachen mit Beschlag belegt wurden. Vorgestern hat nun der General von Wrangel auch den Laden schließen lassen. Auch gegen den Buchhändler A. Hoffmann, den Verleger des Kladderadatsch, schwebt wieder ein Prozeß wegen Verkaufs des verbotenen „blauen Montags".

— Das großartige, heute Abend im Kroll'schen Lokale stattfindende Karnevalsfest wird auch den Gelehrten eine noch nicht erlebte Ergötzlichkeit bringen. Ein junger Gelehrter, Ernst Dohm, hat nämlich unter Zuziehung des bekannten Lustspieldichters Kalisch, den Versuch gemach, die Lysistrate des Aristophanes zur Aufführung bei diesem Fest zu berolinisiren.

— Das sogenannte Wundermädchen in der Schifferstraße setzt noch immer die leichtgläubige Menge in Bewegung. Selbst aus den benachbarten Städten und Dörfern ziehen ganze Schaaren dahin, um mit dem von dem Mädchen gegebenen Versprechen, daß, wer Gott und ihr vertraue, von seinen Leiden geheilt werden würde, heimzukehren. Am 1. trat sogar vor dem Hause der Wunderdoctorin ein alter Invalide als Apostel für dieselbe auf, indem er steif und fest behauptete, durch sie von einem unheilbaren Uebel geheilt worden zu sein.

— Die hier gebildete südaustralische Kolonisations-Gesellschaft wird am 24. d. M. ihre Auswanderung antreten. Dieselbe ist 180 Köpfe stark und zählt mehrere Familien mit Frauen und Kindern. Ihrer Beschäftigung nach sind fast alle Klassen der Gesellschaft vertreten, selbst Aerzte, Lehrer und Künste fehlen nicht. Der Mechanikus Berends, ein Bruder des bekannten Abgeordneten der äußersten Linken und der Bildhauer Todt, haben sich neuerdings angeschlossen. Ein großer Theil ist aus dem früher vielbesprochenen Handwerker-Verein hervorgegangen, der dadurch den Verlust der besten seiner Mitglieder bedauert. Otto Schomburgk, ein Bruder des berühmten Reisenden, Richard Schomburgk und Dr. Mücke, Lehrer des Handwerker-Vereins stehen an der Spitze dieser Emigration, welche außerdem ein 60,000 Thlr. übersteigendes baares Kapital mitnimmt. Die Gesellschaft hatte ursprünglich den Plan, sich in Adelaide unter solidarischer Gemeinschaftlichkeit aller Mitglieder niederzulassen, hat aber diesen Plan wieder aufgegeben und vielmehr nur eine sittlich-geistige Gemeinschaft festgehalten, dergestalt, daß die materielle Kolonisirung auf den Kräften jedes Einzelnen basirt wird. Wir führen dies als einen neuen Belag an, wie die Auswanderung dem Vaterlande fortwährend die edelsten geistigen Kräfte, neben materiellen Schätzen entzieht, ohne daß sie in ihrer Regellosigkeit uns irgend welchen Nutzen gewährte!

Aachen, den 28. Febr. Gestern ist hier der Oberst v. Scheeler mit allen militärischen Feierlichkeiten beerdigt worden. Der Verstorbene, der eine ausgezeichnete Rolle im spanischen Befreiungskriege gespielt hat, war später Preußischer Geschäftsträger am Madrider Hofe, wo er jedoch abberufen wurde, weil er den damaligen Freiheitsideen zu offen huldigte. Seit jener Zeit lebte er als Privatmann in Aachen und erwarb sich hier durch seine vortrefflichen Werke über den spanischen Krieg, so wie über die dortige Malerschule auch in der wissenschaftlichen Welt einen guten Namen.

Königsberg, den 28. Febrnar. Wie es heißt, ist in diesen Tagen das Erkenntniß gegen den ehemaligen Polizei-Präsidenten Lauterbach ergangen. Wegen seiner gegen die Deputirten ausgesprochenen Injurien „hochverrätherische Schurken" soll er in erster Instanz mit 150 Thlr. oder drei Monat Gefängniß bestraft sein.

Darkehmen, den 24. Febr. Heute fand hier ein Krawall statt, wie wir ihn noch nie erlebt haben. Die Veranlassung dazu gab das Bekanntwerden der Nachricht, daß der Pfarramts-Verweser Cantor Fuchs morgen durch den Superintendenten Krüger aus Ballethen hier als Pfarrer solle installirt werden, obwohl ein großer Theil der Gemeinde sich hiergegen ausgesprochen. Nachdem der Superintendent zu diesem Zwecke hier eingetroffen war, entstand ein großer Volksauflauf, dessen Haltung bald so drohend wurde, daß sich beide Geistliche zur Flucht genöthigt sahen. Nach einer andern Version seien sie förmlich aus der Stadt vertrieben worden. Das Landrathsamt hat in Folge dieses Vorfalls ein Militair-Kommando requirirt.

Flensburg, 27. Februar. Ein Dänischer Matrose, der gestern zu Boot von Alsen auf Sundewitt zusteuerte, wurde von einem daselbst auf dem Posten stehenden Jäger durch einen losen Schuß gewarnt, ohne daß er Gehör leistete. Darauf schoß der Jäger ihm eine Kugel durch die Segel, der Matrose verhöhnte ihn dagegen und steuerte rücksichtslos dem Lande zu, bis der Jäger, in Erfüllung seiner Pflicht, den Matrosen erschoß.

— Auf Ordre des Generals v. Bonin werden nächstens Schanzarbeiten bei Düppel oder vor Sonderburg, so wie am Flensburger Hafen, zwischen Glücksburg und hier, vorgenommen werden.

— In Kolding soll noch nicht mehr Dänisches Militair sein, als während der Zeit des Waffenstillstandes immer da gewesen.

Hannover, den 2. März. Die Kammern haben sich geeinigt. Heute Nachmittag 4 Uhr wurde in der ersten Kammer der Antrag der Conferenz: „Stände beantragen, daß die Regierung die Grundrechte sofort zur allgemeinen Kenntniß bringe, und die zur Ausführung erforderlichen, den Einzelstaaten überlassenen Gesetze baldmöglichst den Ständen vorlege", mit allen gegen 3 Stimmen angenommen. Dieser Conferenzvorschlag war schon heute gegen Mittag von der zweiten Kammer angenommen, und ist somit zum Beschluß der Stände-Versammlung erhoben.

Hamburg, den 1. März. Die bürgerliche Gleichstellung der Juden in hiesigem Staate hat bereits eine edle Frucht emporgetrieben. Es hatte nämlich der verstorbene Banquier Herr Salomon Heine zum Andenken seines früh vollendeten Sohnes, Hermann, eine Stiftung fundirt, um armen, aber rechtlichen und strebsamen Handwerkern und Handelsleuten durch ein zinsenfreies Darlehn, das sich bis auf 2000 Mk. belaufen kann, zur Betreibung ihres Geschäftes behülflich zu sein. Nach §. 4 der Stiftungsurkunde sollte diese Wohlthat sich bis zu dem Tage nur auf die israelitischen Gemeinde-Angehörigen beschränken, an welchem die beengenden Schranken fallen werden, die dem Juden die Wege des Fortkommens mehr als den übrigen Einwohnern erschweren und schwer auf ihnen lasten. Diese Schranken sind nun gefallen, und mithin, nach dem Willen des Testators, haben die Christen gleiche Ansprüche mit den Juden an der Wohlthat der genannten Stiftung, wodurch die Zahl der dieselbe Beanspruchenden sich mindestens um das Doppelte vermehren wird. Dieses berücksichtigend, hat Herr Carl Heine, Sohn des Testators, den Stiftungsfond am gestrigen Tage um 100,000 Mk. Bco. vermehrt, und sind selbige bereits von seinem Banco-Conto abgeschrieben und der Administration der Stiftung überwiesen, die auch schon heute zur Anzeige bringt, daß vom Jahre 1850 an, sowohl Christen als Juden, bei der Vertheilung der Darlehne in gleichem Maße berücksichtigt und Christen mit zur Verwaltung hinzugezogen werden sollen.

Darmstadt, den 28. Febr. Der Vaterländische Verein hat heute Abend eine Adresse an die Deutsche Reichsversammlung über die Deutsche Verfassungsfrage beschlossen. Dieselbe hat drei wesentliche Punkte. Zuerst, daß die Versammlung von jeder Einwirkung unbeirrt, ihrer souveränen Berufung eingedenk über das Verfassungswerk endgültig beschließen und nicht eher auseinander gehen möge, bis dessen Ausführung gesichert sei; dann, daß sie den König von Preußen als erbliches Oberhaupt an die Spitze des neuen Bundesstaats rufen solle; endlich, daß auch der Zurücktritt einzelner Staaten, wie traurig immer, die Gründung des Bundesstaats nicht hindern dürfe.

Stuttgart, den 27. Februar. Das Ministerium hat folgende Erklärung veröffentlicht: Als die jetzigen Vorstände des Departements der Justiz, des Innern und der Finanzen im März 1848 auf ausdrückliches Verlangen ihrer damaligen politischen Genossen, von denen jetzt mehre an der Spitze der demokratischen Bewegung stehen, ins Ministerium traten, wußten die Letztern, daß von den Ministern nicht nur der Verfassung, sondern auch dem König ein Eid der Treue zu schwören sei. Ein Mann von Ehre hält an seinem Worte fest, so lange er dessen nicht entbunden ist; und so lange das jetzige Ministerium nicht die Ueberzeugung gewonnen hat, daß die Mehrheit des Württembergischen Volks mit dem gegenwärtigen Regierungssysteme nicht einverstanden sei, oder daß in einer durch aristokratische Elemente nicht getrübten Monarchie das Wohl des Volks nicht erzielt werden könne, glaubt es nicht, freiwillig zurücktreten zu dürfen.

Mannheim, den 26. Februar. Der neue vaterländische Verein hat in der heutigen Versammlung folgende Erklärung einstimmig beschlossen:

„1) Wir halten unverbrüchlich fest daran, daß die in Frankfurt tagende Deutsche Reichsversammlung allein berufen und berechtigt ist, die künftige Staatsverfassung Deutschlands festzustellen. 2) Wir wünschen und erwarten, daß die Reichsversammlung die Grundzüge der künftigen Deutschen Staatsverfassung, wie sie bei der ersten Lesung von derselben angenommen worden sind, auch in der zweiten Lesung festhalte, indem wir der Ueberzeugung sind, daß nur ein starker Bundesstaat mit einheitlichem Oberhaupte sowohl die Freiheiten, die uns bereits in den Grundrechten gewährt sind, dauernd zu sichern, als auch das Ansehen und die Macht nach außen zu verleihen vermag, auf die Deutschland einen gerechten Anspruch hat und die es zu erlangen fest entschlossen ist. 3) Wir erklären uns daher auf das Entschiedenste gegen die Oesterreichische Note vom 4. Februar, welche, uneingedenk der Ereignisse des Jahres 1848, der Reichsversammlung nur das Recht zugesteht, einen Entwurf der Deutschen Reichsverfassung zu machen, während sie für die Regierungen das Recht der Vereinbarung im ausgedehntesten Maße in Anspruch nimmt, welche ferner gegen die Herstellung

eines kräftigen Bundesstaats, den das ganze Deutsche Volk mit voller Uebereinstimmung als nothwendig erkannt hat, protestirt, und uns dagegen in den alten Staatenbund zurückführen möchte. 4) den Deutschen Brüdern in Oesterreich aber erklären wir hiermit, daß, wenn die jetzige Regierung oder ihre gegenwärtigen Verhältnisse ihnen den vollen Eintritt in den zu bildenden Deutschen Bundesstaat nicht gestatten, wir wünschen und hoffen, es werde ihnen dieser Eintritt jederzeit offen gehalten werden."

München, den 27. Febr. Endlich scheint die Minister-Krise doch ihre Lösung finden zu sollen. Und zwar versichern sonst gut unterrichtete Personen, daß Hr. Stockinger, unter Uebernahme des Portefeuilles des Innern, mit der Bildung des Ministeriums beauftragt sei. Hr. Justizminister Heintz wird seine jetzige Stellung in diesem allem Anscheine nach gemischten Ministerium beibehalten. Wer für das Aeußere, die Militair-Angelegenheiten, Finanzen und den Cultus eintreten soll, ist noch ganz unbekannt. (Deutsche Z.)

Mainz, den 2. März. Das hiesige Zucht-Polizei-Gericht hat heute einen sehr wichtigen Spruch gefällt. Der Drucker eines in Kastel erscheinenden Lokalblattes stand wegen Preßvergehens vor. Der Vertheidiger des Beschuldigten, Dr. Bernays, focht die Competenz auf Grund des Art. 4 der Grundrechte an, wonach Preßvergehen von Geschwornen abgeurtheilt werden müssen, da, wo solche eingeführt sind. Das Gericht ging auf diese Ansicht ein und erklärte sich in der Sache für inkompetent. (M. Z.)

Frankfurt a. M., den 2. März. Da die deutschen Flüchtlinge in Frankreich und der Schweitz keine Aussicht auf Amnestie haben, sind sie entschlossen nach Amerika auszuwandern. Geld und Mittel fehlen ihnen aber dazu, die Reichskasse eröffnet sich nicht zu ihrer Unterstützung; auf Vogt's Anregung ist deßhalb eine Sammlung veranstaltet worden, der Präsident Simson hat 100 pr. Thlr. dazu gegeben, auch andere Mitglieder der Rechten haben sich zum erstenmale bereitwillig gezeigt, ihren unglücklichen politischen Gegnern beizustehen. — Gegen den Abgeordneten Peter aus Constanz, welcher schon seit Monaten krank darnieder liegt, hat der betreffende Ausschuß auf wiederholtes Verlangen der badenschen Regierung die Verhaftung beschlossen. Dieser Antrag des Ausschusses wird wieder neuen Zündstoff in die National-Versammlung schleudern. — Der Abg. Wesendonck, welcher vor einigen Tagen für die zweite Berliner Kammer gewählt worden, reist morgen früh nach der preußischen Hauptstadt ab. — Wegen der unentgeldlichen Aufhebung der Spielbanken sind bei der Central-Gewalt energische Protestationen von der französischen Regierung eingegangen. Die Spielbanken-Pächter in Homburg und anderen Orten sind Franzosen. Es soll die Drohung hinzugefügt sein, Beschlag auf deutsche Schiffe in den französischen Häfen zu legen. (?)

— Gestern hat nun auch Bayern seine Erklärung über die Bestimmungen der deutschen Verfassung nach der ersten Lesung eingereicht. Bayern behält sich darin wie Sachsen das Recht vor, sich erst nach vollendeter Verfassung endgiltig über deren Annahme oder Nichtannahme zu entscheiden, verwirft ein einheitliches Oberhaupt, und erklärt sich für ein Direktorium, unter Wegfall des Reichsraths. Es besteht ferner auf den Beitritt Oesterreichs (ohne indeß die Mittel anzugeben, mit welchen Oestereich zu zwingen wäre, im Falle es beharrlich nicht wollte) und beschränkt in seinen Einwendungen gegen die einzelnen Paragraphen die künftige Centralgewalt in so hohem Grade, daß von dem Charakter eines Bundesstaats fast nichts übrig bleibt. In dieser Beschränkung und Lockerung geht es noch viel weiter als Sachsen, ja als der sogenannte großdeutsche Verfassungsentwurf selbst, wofür nur das Beispiel anzuführen ist, daß es das ganze deutsche Heerwesen lediglich in der alten Bundeskriegsverfassung, und die künftigen Reichsfinanzen auf die bisherigen Matrikular-Ausschreiben beschränkt lassen will. Wahrlich, wir haben von der jetzigen baierischen Regierung wenig für die einheitliche Macht unseres künftigen Bundesstaates erwartet, auf Vorschläge aber, die kaum begreifen lassen, warum man nicht lieber bei der alten Bundesverfassung selbst stehen blieb, waren wir nicht gefaßt.

— Die O.-P.-A.-Zeitung sagt in Beziehung auf die Sendung nach Olmütz: Es ist nicht uninteressant zu erfahren, daß die Herren Heckscher, v. Hermann und v. Sommaruga auf Kosten der österreichischen Staatskasse reisen, wenigstens können wir aus guter Quelle versichern, daß die Reisekosten durch den österreichischen Bevollmächtigten bestritten werden.

— Das Reichsministerium ist nicht gemeint, sich schrecken zu lassen und etwa irgend etwas zu Gunsten Dänemarks von den Bedingungen des Malmöer Waffenstillstandes nachzulassen. Ein Kourier ist sofort nach London abgegangen. Unterstützt von Lord Cowley wird das Reichsministerium dort die Ansicht mit Nachdruck geltend machen, daß die Fortdauer der Waffenruhe die unerläßliche Bedingung für die Fortsetzung der Friedensverhandlungen sei. Im Reichskriegsministerium haben übrigens bereits im Laufe des heutigen Vormittags Konferenzen in Bezug auf die eingetroffene Kündigung des Stillstands stattgehabt. Dieselben hatten umfassende militairische Maßregeln zum Gegenstande. Der Kriegsminister wird trotz seines immer noch gedrückten Gesundheitszustandes keinen Augenblick seine Thätigkeit einstellen, da er nichts von seiner Energie und geistigen Klarheit eingebüßt hat.

— Der Bevollmächtigte der Sächsischen Regierung hat dem Reichsministerium die Bemerkung an das Dresdener Kabinets zu dem in erster Lesung vollendeten Verfassungsgesetz eingereicht. In der vorangeschickten Erklärung heißt es: Insoweit es die Absicht sein sollte, diese Bemerkungen in Verbindung mit den von andern Seiten her zu gewärtigenden Auslassungen zur Grundlage einer weitern gemeinsamen Vernehmung und Berathung mit den Regierungs-Bevollmächtigten zu machen, so ist es zwar eine durch den Zweck dieser Verhandlung bedingte und insofern sich von selbst verstehende Voraussetzung, daß insbesondere auch die Kaiserl. Oesterreichische Regierung an ersterer Theil nehme. Der Unterzeichnete befindet sich jedoch in dem Falle, diese Voraussetzung hier noch besonders aussprechen zu sollen. Im Uebrigen geht die Königl. Sächsische Regierung davon aus, daß die auf Anlaß des Cirkularschreibens vom 28sten v. M. abzugebenden Erklärungen, so wie die nach Befinden darauf zu gründenden Verhandlungen nur den Zweck der Verständigung haben, nicht aber die Vereinbarung der Reichs-Versammlung bezielen können, an welcher die Königl. Sächsische Regierung den von ihr mehrfach kundgegebenen Grundsätzen gemäß festhält. Die definitive und bindende Erklärung über die Verfassung wird von der Königl. Regierung erst nach der zweiten Lesung abgegeben werden können, weil sie nach §. 2. der Sächsischen Verfassungsurkunde gebunden ist, vor Abgabe einer solchen Erklärung die Zustimmung der Kammern einzuholen. Frankfurt a. M., am 23. Februar 1849. (Gez.) Kohlschütter.

Wien, den 28. Febr. Das K. K. Militair- und Civilgouvernement sieht sich veranlaßt, die Standrechtsverordnungen, ihre strafbaren Uebertretungen und ihre Behandlung der Bevölkerung Wiens und den Einwohnern jener Ortschaften, die sich im Belagerungsrayon befinden, durch eine „umfassende Ueberschau" ins Gedächtniß zurückzurufen. Dem standrechtlichen Verfahren, bei welchem in der Regel die Todesstrafe durch den Strang, oder durch Pulver und Blei eintritt, verfällt jeder: 1) der Waffen verheimlicht und nicht abliefert. 2) Der einen „Militairisten" zum Treubruch zu verleiten sucht. 3) Der durch Wort oder That zum Aufstande reizt, oder einer solchen Aufforderung werkthätig Folge leistet. 4) Der bei einer aufrührerischen Zusammenrottung auf die erste Aufforderung der öffentlichen Behörde sich nicht zurückzieht, oder hierbei mit Waffen in der Hand betreten wird. (Proklamation vom 1. November 1848.) 5) Der bewaffnet oder unbewaffnet sich eine wörtliche oder thätliche Beleidigung einer Schildwache oder einer Truppenabtheilung erlaubt. 6) Der es wagt, einer Schildwache oder einer Truppenabtheilung, von der er angerufen oder angehalten werden soll, wenn auch unbewaffnet, thätigen Widerstand entgegenzusetzen, zu solchem aufzufordern, oder einer solchen Aufforderung Folge zu leisten, und 7) der ein Attentat von was immer für einer Art versuchen, oder zur Ausführung bringen, oder aber einer darauf abzielenden Aufforderung werkthätig nachkommen sollte, welches die Beschädigung oder Zerstörung von Festungswerken, oder von dem dazu gehörigen oder dafür bestimmten Materiale zum Zwecke hat. (Proklamation vom 20. Februar 1849.)

— Der vorgestern in Ottakring wegen des Besitzes einer scharf geladenen Pistole und Munition verhaftete Tagelöhner Martin Pausar ist gestern standrechtlich erschossen worden.

— Die höheren Lehranstalten in Italien, welche am 1. März d. J. wieder beginnen sollten, bleiben für dieses Jahr gänzlich geschlossen. Den Professoren selbst wurde verboten, mehr als 8 Schülern Privatunterricht zu ertheilen.

— Auf Grundlage eines neuen Regierungserlasses wurde am 25. Februar zu Gratz die erste Versammlung der freien christlichen Gemeinde wieder abgehalten.

— Zwischen Fürst Windischgrätz und Ban Jelaczic soll, wie es schon seit längerer Zeit allgemein und jetzt auch in den slavischen Blättern behauptet wird, ein Zerwürfniß obwalten. Die Ursache seien die slavenfeindlichen Schritte des Ersteren, mit denen der Letztere nicht einverstanden sein kann und daher auch nach Agram zurückzukehren wünscht.

Wien, den 28. Febr. Bei Deva, an der Brücke bei Piski, erlitten die k. k. Truppen eine bedeutende Niederlage am 9. d. gegen den General Bem. Das Treffen war mörderisch und dauerte von 8 Uhr Morgens bis 6 Uhr Abends, worauf sich die k. k. Truppen zurückzogen. Das Infanterie-Regiment Bianchi wurde fast gänzlich aufgerieben. Auch bei Aloinz wurde der rechte Flügel in der Nacht vom 10 — 11. zurückgedrängt. Die fliehenden Truppen concentrirten sich am 12. d. bei Hermannstadt. Die Insurgenten bedienten sich im ersteren Treffen einer Kriegslist, indem sie vorgaben, übergehen zu wollen und dann in der Nähe der k. k. Truppen sich zertheilten, worauf eine maskirte Batterie ihr mörderisches Feuer begann. Der Oberst Losenau, nebst mehreren Offizieren, ohne die Mannschaft zu zählen, blieben im Treffen.

— Die „ostdeutsche Post" enthält bittere Glossen über das Verbot der Ungarischen Banknoten im Verkehr, nachdem Windischgrätz, mit unumschränkten Vollmachten ausgerüstet, die Gültigkeit der höheren Noten keineswegs verwarf, jene der Ein- und Zweigulden-Noten aber förmlich aussprach.

Wien, den 1. März. Aus Ungarn erfährt man, daß die Insurgentenführer Görgey, Guyon und Klapka sich von Kaschau aus nach Süden gewendet haben; ihre Streitmacht dürfte sich auf mehr als 20,000 Mann und 40 Kanonen belaufen; hiezu käme noch die große Theißarmee unter Dembinski und anderen Führern, daher man binnen Kurzem entscheidenden Ereignissen entgegen sehen kann. — Der vorgestern in Ottakring wegen des Besitzes einer scharf geladenen Pistole und Munition verhaftete Taglöhner Martin ist gestern standrechtlich erschossen. — Der Superintendent in Raab Mathäus Haubner, wurde wegen eines von ihm verfaßten Hirtenbriefes, worin er zur Unterstützung der Rebellenregierung auffordert, zu 6jährigen Festungsarrest verurtheilt.

— 28. Februar. Wie wir hören, hat der Herr Minister des Innern ein Rundschreiben an alle Behörden erlassen, in welchen ihnen die Weisung ertheilt wird, am 15. März in den Hauptkirchen ein Hochamt zur Jahresfeier des denkwürdigen Tages, an dem Kaiser Ferdinand den Völkern Oesterreichs eine Constitution zugesagt, sowie Gebete für die glückliche Vollendung der Verfassung zu veranlassen.

Graz, den 26. Februar. Wie für das Herzogthum Krain, erging auch an das Präsidium der Regierungsbehörde für Steiermark ein Ministerialerlaß, welcher die sogleiche Vornahme der allenfalls in unserer Provinz für Frankfurt noch rückständigen Wahlen dringend in Anregung bringt. In Steiermark, welches beinahe zwei Fünftheile Slavischer Einwohner zählt, stießen die Wahlen für das Deutsche Parlament nirgends im Volke auf Gegensympathie. In allen Slovenischen Bezirken wurden die Wahlen vorgenommen und nur der Wahlbezirk Pettau ist bis jetzt im Parlamente unvertreten. Wie wir eben vernehmen, wird indeß auch Pettau, dem Beispiele der übrigen Slovenischen Wahlbezirke folgend, zunächst die noch rückständige Wahl vornehmen. (Lloyd.)

Pesth, den 22. Februar. Gestern ist beim Pesther Komitat ein Manifest Seiner Majestät des Kaisers publizirt worden, nach dessen Bestimmung in der Zukunft die Kameralgüter Kroatiens, der Serbischen Woywodschaft, als des Bacser, Torontaler, Temeser und Csanader Komitats und Siebenbürgens abgesondert von den andern der Ungarischen Krone gehörigen Kameralgütern verwaltet werden sollen. Nach der Bestimmung desselben Manifestes müssen die Pässe in der Zukunft in Deutscher Sprache abgefaßt werden, so wie die Wirksamkeit der früher an den Grenzen bestehenden Ungarischen Dreißigstämter aufzuhören hat.

Agram, den 22. Febr. Die neueste Belgrader Zeitung enthält einen neuen Siegesbericht aus dem Banate. Knicanin hat die Magyaren in Sirig, unweit Szegedin, in einem glänzenden Gefechte geschlagen und einen bedeutenden Munitionsvorrath erbeutet. Heute geht hier das Gerücht, Fürst Windischgrätz solle vom Kaiser die Weisung erhalten haben, sich jeden Einflusses auf die Leitung der Civilverwaltung in Ungarn zu enthalten, welcher der Ban als ernannter Civilgouverneur verstehe, und dem alle K. Kommissäre untergeordnet seien.

Hermannstadt, den 14. Februar. Die „Agramer Ztg." berichtet ausführlicher über die Kriegslist der Magyaren, welche vorgegeben hatten, überzugehen. Sie boten als Pfand ihre Fahnen, aber als sie in die Nähe der Oesterreichischen Truppen kamen, stob die Infanterie auseinander, und eine hinter ihnen verborgene Batterie richtete das fürchterlichste Blutbad unter den Kaiserl. Soldaten an. Von dem Regiment Bianchi fielen gegen 300 Mann.

— Dasselbe Blatt erzählt, daß Bem schon mehrmale verwundet und nur mit genauer Noth der Gefangenschaft entgangen sei. Bei der Flucht aus Broos, wo er sich einer Wunde wegen zwei Finger abnehmen lassen mußte, vergaß er in der Eile seine Brieftasche. Sein Wagen wurde am 4. d. M. erbeutet, und man fand darin sein Siegel, auf welchem die vereinigten Wappen Ungarns und Polens angebracht sind, und dessen Randumschrift verdeutscht lautet: „Oberanführer der magyarischen Armee. — Erste polnische Legion." — Mangel an Munition macht sich sehr fühlbar. Am 12. d. concentrirten sich unsere Streitkräfte um Hermannstadt, wie es die Ereignisse in Südosten nothwendig machten. Unser rechter Flügel wurde am 11. von Alvietz nach Karlsburg zurückgedrängt.

Ausland.

Frankreich.

Paris, den 2. März. National-Versammlung. Sitzung vom 2. März. An der Tagesordnung ist die Staatsraths-Debatte im dritten Stadium, die gestern Abend bis Artikel 47. vorrückte, der von den streitigen Angelegenheiten, von den Streitigkeiten der Beamten oder Behörden unter einander, kurz von den Kompetenz-Konflikten zwischen Höher- und Niedriggestellten handelt und wofür von Parien gestern Abend eine neue Fassung vorgeschlagen wurde. Vivien schlägt folgende motivirte Tagesordnung vor: „In Betracht, daß bei den Fällen, welche in den Artikeln 65 bis 80 des Staatsraths-Gesetzes bezeichnet sind, das Gutachten des Staatsrathes von der Regierung eingeholt werden müsse, geht die Nationalversammlung zur Tagesordnung über." Boulatignier beantragt eine unwesentliche Aenderung. Diese begründete Tagesordnung geht dann mit bedeutender Mehrheit durch. (Großes Aufsehen im Saale). Die Versammlung schreitet zu Artikel 60 und 61. Dabeaux stellt zu Artikel 61 den Antrag: „Die nächste legislative Kammer hat in der vorgeschriebenen gesetzlichen Form zur Ernennung der Totalität der Mitglieder des Staatsrathes laut Artikel 10, 11 und 12 des gegenwärtigen Gesetzes zu schreiten." Er entwickelt seinen Antrag. Die jetzige Constituante, sagt er, werde sich doch keine größeren Rechte anmaßen wollen als die früheren, welche den Entschluß gefaßt, daß keines ihrer Mitglieder in die nächste Legislatur gewählt werden könne. Dieser Antrag wird mit 454 gegen 289 Stimmen verworfen. Hier unterbricht Martin Bernard (vom Berge) die Debatte. „Es hat gestern," beginnt er, „eine so schreiende Verletzung des durch die Verfassung garantirten Vereinsrechts an der Barrière du Maine stattgefunden, daß ich hiermit um die Erlaubniß bitte, mir einen Tag zu bestimmen, an welchem ich den Minister des Innern hierüber zur Rede stellen kann." (Morgen! Morgen!) Die Versammlung nimmt die vorherige Debatte wieder auf. Base, Derodé, Lherbette und Andere stellen verschiedene Anträge rücksichtlich des Modus und der Zahl der zu ernennenden Mitglieder des Staatsrathes. Derodé will sie nicht durchs Loos, sondern serienweise von drei zu drei Jahren durch Wahllisten geschaffen sehen. Dieser Antrag wird aber mit 431 gegen 317 Stimmen verworfen und die Sitzung um 6 Uhr geschlossen.

— Der Moniteur meldet, daß Herr von Thom, der Oesterreichische Geschäftsträger, dem Präsidenten der Republik die Geburt einer Tochter des Erzherzogs Albert, Vetter des Kaisers, angezeigt habe. Andere Blätter wollen wissen, daß Louis Bonaparte den Wunsch ausgesprochen habe, die Asche des Herzogs von Reichstadt im Invalidendome neben dem Sarge seines Oheims beigesetzt zu sehen, und daß Herr von Thom die Versicherung ausgesprochen habe, der Hof von Wien werde diesem Ansuchen auf das Bereitwilligste entsprechen.

— Am 25. Februar begab sich Marschall Bugeaud aus Lyon nach St. Etienne. Er hielt dort eine große Parade über die Nationalgarde ab. Als er die Front entlang ging, erschallte der Ruf: Es lebe die Republik! Einige Stimmen riefen auch: Es lebe die demo-

kratisch-soziale Republik! Als der Marschall diese Worte hörte, wandte er sich um, schritt auf die Rufenden zu und sagte zu ihnen: „Was wollet Ihr? Die demokratische Republik? Die habt Ihr ja. Die soziale Republik? Diese werdet Ihr nicht erhalten. Die soziale Republik ist der Krieg der Armen gegen die Reichen. Eine Welt, wo Jedermann reich, ist ein Unding, ein Hirngespinnst, wie jene Henne in der Fabel, die goldene Eier legte. Die soziale oder kommunistische Republik ist aber eine viel zu alte Henne, um noch Eier legen zu können." Da der Marschall noch erfuhr, daß mehrere der Rufenden zu dem Corps der städtischen Löschmannschaften gehörten, näherte er sich ihnen und sagte: „Euer Gewerbe ist, das Feuer zu löschen, nicht anzufachen."

— Der Termin für die Aburtheilung der Maigefangenen rückt immer näher heran, was der Regierung neue Sorgen bereitet. In Bourges wimmelt es bereits von Soldaten. Da an verschiedenen Punkten der Umgegend an Eisenbahnen und Kanälen gearbeitet wird und viele Tausend Arbeiter vereinigt sind, unter denen sich bedeutende Reste der ehemaligen Nationalwerkstätten befinden, so ist von Paris der Befehl gekommen, alle solche Punkte in der Umgegend von 10 bis 12 Meilen militairisch zu besetzen. Es wird gar nicht mehr lange anstehen und die ganze Alpenarmee ist für solche „innere Zwecke" verwendet. — Es heißt, Louis Blanc werde zu dem Prozesse eine interessante Broschüre schreiben.

Großbritanien und Irland.

London, den 28. Febr. Es geht uns aus glaubwürdiger Quelle die Nachricht zu, Graf Colloredo habe dem Lord Palmerston erklärt, nachdem die Sardinische Thronrede vorliege, sei es der Oesterreichischen Regierung nicht mehr möglich, den Brüsseler Kongreß zu beschicken. Heute fand eine abermalige Konferenz zwischen dem Minister des Auswärtigen und dem Oesterreichischen Botschafter statt. Da mitterweile die Nachricht von Gioberti's Rücktritt und von dem durchaus kriegerisch lautenden Passus der Antworts-Adresse der Piemontesischen Kammer einlief, fand Palmerston selbst es angemessen, daß man vorerst den weitern Gang der Ereignisse in Ober-Italien abwarte und jedenfalls die Eröffnung des Kongresses verschiebe. Die große Verwirrung der Italienischen Angelegenheiten verschafft der Willensmeinung Oesterreichs bei dem Londoner Kabinet ein immer willigeres Gehör, und Karl Albert hat bereits von England nichts mehr zu hoffen. Die Vermuthung liegt sogar nahe, daß das Oesterreichische Kabinet seine Nachgiebigkeit in der Dänisch-Schleswigschen Angelegenheit zu erkennen gegeben hat und zum Lohne dafür auf den Beistand Englands in Italien hoffen darf.

— Sir Charles Napier hat in einem Brief an die Times schlagend nachgewiesen, wie die Nordwestgränze des Britisch-Indischen Reiches wohl am Indus, aber nicht am Sutledsch vertheidigt werden kann. Es wird hier allgemein beklagt, daß die bekannte persönliche Gespanntheit zwischen Sir Charles und den Direktoren der Kompagnie es der Regierung unmöglich gemacht hat, diesen tüchtigen General mit der Stelle zu bekleiden, die Lord Gough, ein tüchtiger Irischer Haudegen, nur sehr unvollkommen ausfüllt, und die, Angesichts der bevorstehenden Feldzüge nicht nur gegen die Seikhs, sondern auch, wie es scheint, gegen die über die Scindagrenze eingebrochenen Afghanen, sobald als möglich einen andern Mann verlangt. Sir George Napier, Bruder des Sir Charles, früher Befehlshaber am Cap, hat, wie verlautet, diese ihm angebotene Stelle gesundheitshalber ausschlagen müssen.

— In Indien ist die Einnahme von Moultan, welche die Engländer 400 Mann an Todten und Verwundeten kostete, das wichtigste Ereigniß. Moultan, die Hauptstadt einer 1818 von Rundjet Singh eroberten reichen Landschaft, zählt ungefähr 60,000 Seelen und ist durch ihre Baumwollen- und Seidenfabriken berühmt. 15,000 Mann regelmäßige Truppen mit 17,000 Mann Hülfs-Truppen und 150 Kanonen standen vor der Stadt. Nach der theuer erkauften Eroberung des Platzes schienen die Britten geneigt, die alten Kriegsgesetze darauf anzuwenden, welche alles Silber und alle Habe einer mit Sturm genommenen Stadt den Siegern als rechtmäßiges Eigenthum zuerkennen. — In Pendjab hat eine Afghanische Armee, 12,000 Mann stark, Peschawer besetzt. — Selbst in Neu-Holland macht sich das Kalifornische Goldfieber fühlbar. Aus Sidney sind Schiffe dahin abgegangen.

— Gestern Abend vereinigten sich die Seidenweber von Bethnal-Green und Spitalfields, um gegen die jetzt beabsichtigte wesentliche Aenderung der Schifffahrtsgesetze Vorkehrungen zu treffen, da deren Umgestaltung auch ihr ohnehin schon gedrücktes Gewerbe beeinträchtige. Es wurde schließlich eine Bittschrift an das Unterhaus gerichtet, damit dieses die von den Ministern vorgeschlagene Aenderung verwerfe.

Schweiz.

Bern, den 26. Febr. Die Eidg. Ztg. meldet: „In Beantwortung der Reklamation des Bundes-Rathes bezüglich des von Württembergischen Soldaten auf Schaffhauser Boden an einem Schweizer Bürger verübten Attentates hat der Repräsentant des Deutschen Reiches mitgetheilt, daß eine Untersuchung über den Thatbestand angeordnet worden sei, der, wie es unter solchen Umständen immer geht, von den Angeklagten ganz anders erzählt wird, als von den Klägern. Uebrigens werde die Deutsche Reichs-Regierung das Urtheil der Gerichte abwarten, um sich zu überzeugen, ob es der Fall sei, der Schweiz noch weitere Satisfaktion zu geben. Was das Begehren auf Auslieferung des Angeklagten betrifft, so ist es deshalb abgelehnt worden, weil der Vertrag mit dem Großherzogthum Baden Fälle solcher Art nicht vorgesehen hat."

Luzern, den 27. Februar. Die Regierung soll die Anträge der Spielpächter berathen und gefunden haben, daß, da die Hazard-Spiele im Kanton Luzern gesetzlich verboten seien — sie ihrerseits in das gestellte Gesuch nicht eintreten könne, dasselbe aber dem Großen Rathe, welcher sich nächstens versammelt, zur Entscheidung vorlegen werde.

Italien.

Aus Rom vom 21. Februar wird berichtet, es sei gewiß, daß der Kaiser von Rußland dem Papst in einem ehrerbietigen und dienstwilligen Briefe Hülfe an Menschen und besonders an Geld angeboten habe. Daß Pius mit dem genannten Kaiser ein Anlehen von 6 Millionen Scudi abgeschlossen habe, werde nicht ohne Grund erzählt.

In Rom war der letzte Akt Muzzarelli's, als Minister der auswärtigen Angelegenheiten, die Erlassung zweier Noten an das diplomatische Korps, worin er diesen Herren die Errichtung der römischen Republik meldet und sie von der Einsetzung eines vollziehenden Ausschusses in Kenntniß setzt. Er führt in der ersten Note aus, daß die Errichtung einer demokratischen Regierung in Rom nicht das Werk einer Sekte oder Faktion, sondern der freien und allgemeinen Abstimmung der Nation sei. Von den Herren Canuti und Pepoli sind aus Paris und London, wohin sie von der römischen Regierung gesandt worden, Depeschen eingelaufen. Herr Canuti berichtet: er habe bei der französischen Regierung so große Sympathieen für die Sache des Papstes gefunden, daß er es nicht für geeignet erachtet, seine Beglaubigungsschreiben zu überreichen. Herr Pepoli erzählt: er habe dem Lord Palmerston in seiner Angelegenheit einen Besuch abgestattet, wobei der britische Minister geäußert, es sei gut, daß er ihn in seiner Wohnung, nicht im auswärtigen Amte besucht, wo er ihn nicht hätte empfangen können. Wegen Mangels an Fonds geht Major Sartori, der den Auftrag hatte, Gewehre und andere Waffen für die römische Regierung anzukaufen, nicht mehr nach Paris ab. Mazzini ist endlich auch hier eingetroffen.

Für die Petition, welche Gioberti's Wiedereintritt in das Ministerium beantragt, waren schnell 25,000 Unterschriften beisammen. Am 23. gegen 2 Uhr Nachmittags ging eine Deputation zum König, um ihm den Wunsch der Einwohnerschaft zu erkennen zu geben. Der König empfing die Deputation, an deren Spitze der Advokat Barocco stand, äußerst freundlich und lobte den guten Takt des Volkes, das sich nur gesetzlicher Mittel bediene. Für den Abend bereitete sich sodann eine dritte Ovation für Gioberti vor: auf der Piazza San Carlo und unter ihren Säulenhallen wurden Tische für die Unterzeichner aufgestellt. Abends 10 Uhr nahm die Demonstration ihren Anfang: die gesammte Nationalgarde, gefolgt von der Linie, und eine ungeheure Menschenmenge betheiligten sich daran. Alle Welt ist auf den Beinen und in den Straßen: schon seit drei Tagen bivouakirt die Bürgerwehr. —

Bologna, den 21. Febr. Nachmittags 2 Uhr. Nach Berichten, die so eben eintreffen, mußte die Stadt Ferrara (20,000 Einwohner) 200,000 Rthlr. Kriegssteuer und 6000 Rthlr. Entschädigungsgelder an den Oesterreichischen Konsul zahlen. 70,000 Rthlr. wurden baar erlegt, über 13,000 Rthlr. dagegen gute Handelswechsel auf Triest und Mailand ausgehändigt. Als Geißeln zur Sicherstellung der Erfüllung anderer Bedingungen wurden auf Verlangen unter Anderen ausgeliefert: 1) der Erzbischof Fiaschi, 2) Agnelli und sechs Domherren, welche in die Citadelle abgeführt worden sind.

Kammer-Verhandlungen.

Vierte Sitzung der zweiten Kammer vom 3. März.
Präsident: Lensing.
(Schluß.)

Gegen die Wahl des Abgeordneten Andretzki haben die Wahlmänner des Reichenbacher Kreises Protest eingelegt. Andretzki hatte mit einem andern Kandidaten eine gleiche Anzahl Stimmen und nur das Loos entschied für ihn. Ein Wahlmann soll mit Unrecht ausgeschlossen worden sein. Der Referent schlägt eine Untersuchung vor.

Pape (aus Reichenbach) weist darauf hin, welche gefährliche Waffe das Wahlreglement in den Händen der Regierung und des parteiischen Beamten ist. (Ruf zur Rechten: Keine Predigt!) Wenn die Unterbrechung etwa von meinem Titel „Pastor" hergeleitet worden, so muß ich bemerken, daß ich auf das Betreten der Kanzel keinen Anspruch mehr mache. — Der Redner will die Mängel des Wahl-Reglements auseinandersetzen, wird jedoch darin unterbrochen. (Wiederholte Unruhe.) Der Abgeordnete Pape fährt fort: In Reichenbach ist einer unparteiischen Wahl dadurch vorgegriffen worden, daß der Wahl-Kommissarius nothwendige Diskussionen unterbrochen. (Gelächter und Unruhe zur Rechten. Ruf nach der Mitte!)

Pape: Ich wende mich zu denen, welche mich unterbrechen. — Die in dem Proteste vorgetragenen Ausstellungen gegen die Andretzkische Wahl sind in Wahrheit begründet. Der Redner führt hierauf die einzelnen Umstände an, welche namentlich den Wahl-Kommissarius graviren, und behauptet: Die Andretzkische Wahl sei eine Minoritäts-Wahl.

Der Antrag der Abtheilung auf Untersuchung der gegen die Andretzkische Wahl vorgebrachten Einwendungen soll zur Abstimmung gebracht werden.

Graf Schwerin verlangt, daß die Frage in folgender Weise gestellt werde:

„Soll die Andretzkische Wahl als gültig anerkannt oder beanstandet werden?"

v. Berg: die Frage muß heißen:

„Beschließt die Kammer, die bei der Andretzkischen Wahl angeblich vorgefallenen Unregelmäßigkeiten in Untersuchung zu ziehen und bis dahin diese Wahl zu beanstanden?"

Die v. Berg'sche Frage wird mit großer Majorität bejaht.

Schluß der heutigen Sitzung: Nachmittag 3 Uhr 15 Minuten.

Nächste Sitzung: Montag Vormittag 10 Uhr.

Fünfte Sitzung der zweiten Kammer vom 5. März.
Präsident Lensing.

Auf der Ministerbank befinden sich die Staatsminister v. Manteuffel und v. d. Heydt.

Tagesordnung:

1) Fortsetzung der Prüfung der Wahlen;
2) Wahl des Präsidenten, der Vicepräsidenten und Schriftführer.

Das Protokoll der vorgestrigen Sitzung wird durch den Schriftführer Herr verlesen und genehmigt.

Es haben sich 7 neue Abgeordnete gemeldet und vorläufig legitimirt. Dieselben sind bereits in die Abtheilungen verloost worden und zwar:

Körfgen in die 2., Richter in die 4., Blockhagen in die 5., Körner in die 3., Schöne in die 1., Wesendonck in die 6. und Kill in die 7. Abtheilung.

Die Kommission zur Anfertigung der Geschäftsordnung hat v. Auerswald zu ihrem Vorsitzenden und Groddeck zum Schriftführer erwählt.

Der Referent der 4. Abtheilung, Pilet, fährt in der Berichterstattung über die schlesischen Wahlen fort.

Gegen die Wahl des Abgeordneten Bogedain ist ein Bedenken in der Abtheilung erhoben worden. Von 300 gültigen Stimmzetteln hat Herr Bogedain 152 Stimmen erhalten. 5 Wahlmänner sind jedoch von den Urwählern nur durch Akklamation erwählt worden.

Die Kammer geht über dieses Bedenken hinweg, zumal gegen die 5 Wahlmänner kein Protest Seitens der Urwähler erhoben worden.

Gegen die Wahl des Abgeordneten Sack wird eingewendet, daß ein in polnischer Sprache abgefaßtes Plakat verbreitet worden, in welchem es heißt: Endlich sage ich Euch, der Vorname des Abgeordneten muß deutlich geschrieben sein; wenn Ihr z. B. den Landrath Sack zum Deputirten wählen wollt, so müßt Ihr schreiben: Landrath Sack. (Gelächter.) Auch diese Wahl wird als gültig anerkannt.

Einige andere oberschlesische Wahlen, bei denen sich unwesentliche Bedenken herausgestellt, werden anerkannt.

Die Wahl des Abgeordneten Schneeweiß wird von der Abth. beanstandet. Die Kammer erklärt die Schneeweißsche Wahl für gültig.

Referent der 5. Abtheilung, Matthäi, trägt noch einige rheinische Wahlen vor.

Gegen die Diesterwegsche Wahl machen sich Bedenken geltend. Die Abtheilung ist für Anerkennung der Wahl, weil dieselbe nur auf den Grund der ungünstigsten Vermuthungen angefochten werden könne. Diesterweg hat gerade die absolute Majorität erhalten und 1 Wahlmann hat mit Unrecht mitgestimmt.

Die Diesterwegsche Wahl wird für gültig erklärt. Gegen die Wahlen des Pastor Schmitz und Friedensrichter Grebel wird eingewendet, daß an diesen Wahlen des Schreibens unkundige Wahlmänner theilgenommen. Die Abtheilung geht über dieses Bedenken hinweg. Dagegen hat der Abgeordnete Schmidt gegen die Grebel'sche Wahl einen Protest eingereicht, welcher sich darauf stützt, daß Stimmzettel mit dem Inhalt: „Landgerichts-Rath Reichensperger," für ungültig erklärt worden, weil man behauptet: es gäbe zwei Landgerichtsräthe Reichensperger, was aber nicht der Fall sei.

Das Ministerium hat durch telegraphische Depesche von dem Wahl-Kommissarius Nachricht hierüber eingezogen, und der Wahl-Kommissarius hat bestätigt, daß gegen seine Ansicht Stimmzettel mit dem Namen „Landgerichtsrath Reichensperger" als ungültig vernichtet worden; da man behauptet, es sei noch ein zweiter Landgerichtsrath Reichensperger vorhanden, der als Kammer-Präsident fungire. Der Abtheilung ist ferner eine offizielle Bescheinigung zugegangen, daß, nachdem der Landgerichtsrath August Reichensperger zum Kammerpräsidenten ernannt worden, im preußischen Staate nur noch ein Landgerichtsrath Reichensperger existire.

Der Hartmann'sche Antrag mit dem Aldenhoven'schen Amendement: Die Grebel'sche Wahl vorläufig zu beanstanden und durch das Ministerium des Innern Ermittelungen anzustellen, ob fünf Stimmzettel mit dem Namen: Landgerichtsrath Reichensperger vernichtet worden — wird von der Kammer verworfen und die Grebel'sche Wahl für gültig erklärt. Vorher wird noch über die Wahl des Pastor Schmitz abgestimmt.

Auch die Schmitzsche Wahl wird als gültig anerkannt.

Referent der 6. Abtheilung, Seeger, berichtet über die Wahlen der Provinz Preußen.

Die der Abgeordneten Blockhagen und Praß sollen vorläufig beanstandet werden. Man macht dagegen geltend: die Kammer könne sich dann heute noch nicht konstituiren.

Die Kammer entscheidet sich jedoch für die einstweilige Beanstandung. Alle übrigen Wahlen werden für gültig erklärt.

Referent der 7. Abtheilung, Sperling, berichtet hierauf noch über westphälische Wahlen.

Ein Mitglied der Abtheilung theilt als faktische Bemerkung mit, daß in den Wahlakten eine offizielle Konduitenliste über politische Richtung ꝛc. der Gewählten vorhanden, daß auf Befragen das Ministerium jedoch erklärt habe: jene Listen seien nicht auf höhere Anordnung angefertigt worden und dergleichen Anmaßungen und Uebergriffe einzelner Beamten würden gerügt werden. Sämmtliche vorgetragene Wahlen werden genehmigt.

Referent der 1. Abtheilung, Thiel, berichtet über Wahlen aus der Lausitz und der Provinz Posen.

Bei der Wahl des Hrn. v. Lipski erheben sich Bedenken. Gestimmt haben 645. Die absolute Majorität betrug also 323. v. Lipski erhielt 325 Stimmen. Von diesen 325 ist abzuziehen:

1) eine Stimme eines unberechtigten Wahlmanns,
2) eine Stimme des Probst Seeliger, welcher zwei Mal gestimmt hat.

Fraglich ist es, ob nicht auch noch eine dritte Stimme abzuziehen sein dürfte.

v. Vincke: Ich halte diese Bedenken für unerheblich; denn zieht man auch drei Stimmen von der Gesammtzahl der Stimmenden, so wie von der dem Abgeordneten v. Lipski zu Theil gewordenen Stimmenzahl ab, so behält v. Lipski doch noch immer die absolute Majorität.

Die Lipskische Wahl wird für zu Rechte beständig erklärt. Eben so die übrigen Wahlen.

v. Salzwedel setzt das Referat über die der ersten Abtheilung überwiesenen Wahlen fort. Gegen die Wahl des Abgeordneten Küpfer wird eingewendet, daß er vor der Wahl versprochen, seine Diäten der Armenkasse zu überweisen, und daß er den Wahlmännern, welche für ihn zu stimmen versprochen, Reisegeld und freies Quartier am Wahlorte gegeben habe.

v. Vincke. Wenn auch ein Gesetz gegen Bestechungen nicht vorhanden, so sind dieselben doch so unmoralischer Natur, daß die Wahl des Abgeordneten nicht gültig sein kann, der die Mehrzahl der Stimmen durch Bestechung erworben. Es ist jedoch zuweilen nothwendig, den Wahlmännern Reisekosten zu gewähren, da sie sonst ihr Wahlrecht nicht würden ausüben können. Das, was der Abgeordnete Küpfer den Wahlmännern als Reisekosten hat auszahlen lassen (1 Thlr. 10 Sgr. pro Mann), ist für 20 Meilen Hin- und Zurückreise nicht zu viel. . . . Es mußte aber jedenfalls Hrn. Küpfer freistehen, diese Reisediäten einzelnen Wahlmännern ganz nach seinem eigenen Gutdünken zu Theil werden zu lassen, und dabei nur die Wahlmänner seiner Partei zu bedenken. In der Handlung des Herrn Küpfer ist also um so weniger eine Bestechung zu finden, da auch das Landrecht in dem Versprechen, einem Zeugen die Reise und Versäumnißkosten zu erstatten, eine Bestechung des Zeugen noch nicht sieht.

Küpfer: Die Einwendungen gegen meine Wahl sind von der polnischen Partei ausgegangen. In einer Vorversammlung der Wahlmänner fielen über Fünfsechstel der Stimmen auf mich. Die Wähler wurden aufgefordert, sich insgesammt am eigentlichen Wahlorte Bromberg einzufinden. Viele Wähler erklärten jedoch, daß es ihnen wegen Armuth nicht möglich sein würde, die weite Reise nach dem Wahlort zu unternehmen. Ich machte hierauf dem Comite für die deutsche Sache den Vorschlag, die Reisekosten für die deutschen Wähler zu bestreiten und dieser mein Vorschlag ist demgemäß zur Ausführung gekommen. Der Referent der Abtheilung liest ein Zeugniß des deutschen Komites in Posen über die Küpferschen Angaben vor. Noch 7 Redner sind eingeschrieben, die Kammer beschließt jedoch den Schluß der Debatte. Küpfer macht 2 Mal den Versuch, die Rednerbühne zu besteigen. v. Vincke hält ihn unter großer Heiterkeit der Kammer zwei Mal zurück. Ein Antrag des Abgeordneten Haake auf nähere Untersuchung der wider die Küpfer'sche Wahl vorgebrachten Einwendungen wird verworfen und die Küpfer'sche Wahl als gültig anerkannt. Ein Theil der Linken stimmt mit für die Gültigkeit. Das Referat über die posenschen Wahlen wird fortgesetzt, und sämmtliche vorgetragene Wahlen genehmigt.

Hiermit sind alle vorliegende Wahlakten geprüft; der Präsident will die Sitzung bis 5 Uhr aussetzen; es erhebt sich jedoch Widerspruch. v. Auerswald schlägt vor, bis 3 Uhr wenigstens noch die Wahl des Präsidenten vorzunehmen.

Phillips: Es müsse erst amtlich konstatirt werden, daß mindestens über die Hälfte der Wahlen geprüft worden. — Der Präsident theilt mit, daß bereits bei 312 Wahlen die Prüfung erfolgt sei.

Die Kammer entscheidet sich einstimmig gegen die sofortige Vornahme der Präsidentenwahl. Die heutige Sitzung wird Nachmittag um 3 Uhr geschlossen. Nächste Sitzung: Morgen Vormittag 9 Uhr.

Dritte Sitzung der Ersten Kammer vom 5. März.
Anfang 10¼ Uhr. Präsident v. Auerswald.

Das Protokoll der vorigen Sitzung wird verlesen und ohne Bemerkung angenommen. Auf der Ministerbank nehmen, während dies geschieht, die Minister Brandenburg, Ladenberg, Strotha, Rintelen, Rabe Platz. Der Letztere wird von Herrn Hansemann lebhaft begrüßt. Der

Präsident zeigt folgende Nachwahlen an: des Justiz-Ministers Rintelen (Arnswalde), Regierungs-Präsident v. Witzleben (Merseburg), Finanz-Minister Rabe (Krefeld, Düsseldorf), Syndikus Moewes (Berlin), Ober-Revisions-Rath v. Oppen (Soldin), Ober-Konsistorial-Rath Nitzsch, (Friedberg Arnswalde).

Justiz-Minister Rintelen: Ich habe die Ehre, der hohen Kammer auf Grund des Artikels 105 zwei Verordnungen zur Genehmigung vorzulegen Die eine bezieht sich auf die Aufhebung des eximirten Gerichtsstandes, die andere auf die Einführung des öffentlichen und mündlichen Verfahrens mit Geschwornen. Die Motive lege ich bei, Weiteres mir vorbehaltend

Die Versammlung beschließt den Druck dieser Verordnungen, ohne sofortige Verlesung. Auf den Vorschlag des Vorsitzenden entscheidet die Versammlung, um einige undeutliche Bestimmungen der Geschäfts-Ordnung zu erledigen: daß ein Antrag, welcher in der Kammer noch nicht zur Verlesung gekommen sei, zurückgezogen werden könne. (Fast einstimmig.) Die Versammlung schreitet hierauf zur Tagesordnung, d. h. zur weiteren Prüfung der Wahlprotokolle.

Die angefochtenen Wahlen der Abgeordneten Graf Dyhrn und Graf York werden anerkannt, eben so die Wahlen der Abgeordneten Stahl, Katte, Itzenplitz, Rosenkranz, Jakobs und Anderer.

Der fünften Abtheilung (Berichterstatter Ammon) lag nur die Wahl des General-Majors v. Willisen, an Stelle des Minister-Präsidenten Brandenburg, vor. Auch diese Wahl wird für gültig anerkannt. Hiermit war für heute die Prüfung der Wahl Protokolle beendigt. — Ein Antrag des Abgeordneten Rösler:

die Versammlung wolle das Gesetz wegen Regulirung der gutsherrlich-bäuerlichen Verhältnisse möglichst bald in Berathung ziehen,

wird von dem Antragsteller dadurch motivirt, daß der gegenwärtige provisorische Zustand unerträglich sei.

Nachdem die Kammer auf die Berathung des Antrages einzugehen beschlossen hat, stellte der Abgeordnete Forkenbeck den Zusatzantrag:

„und wird deshalb das Staatsministerium ersucht, baldigst mit den betreffenden Gesetzvorlagen vorzuschreiten."

Abgeordneter Forkenbeck: Nehmen Sie die vorliegenden Anträge einstimmig an u d geben Sie damit dem Lande den Beweis, daß uns die materiellen Interessen des Landes sehr am Herzen liegen und daß wir auch in dieser Beziehung der zweiten Kammer nicht nachstehen wollen.

Die Frage lautet:

Beschließt die Versammlung, den vorliegenden Antrag in Erwägung zu nehmen?

wird durch „Sitzenbleiben" einstimmig bejaht.

Der Antrag geht hiermit an die Abtheilung zurück, um der Kammer von Neuem zur erschöpfenden Berathung vorgelegt zu werden. Schluß der Sitzung 11½ Uhr. Zur nächsten Sitzung wird die besondere Einladung des Vorsitzenden erfolgen.

Locales 2c.

Posen, den 6. März. Heutiger Wasserstand der Warthe 9 Fuß 8 Zoll. — Bei dem andauernden Zurücktreten läßt sich eine baldige Eröffnung der so frequenten Berdychowoer Straße in einigen Tagen erwarten.

Theater.

Nach einer langen, durch die Zeitumstände veranlaßten, Abwesenheit wird endlich in den nächsten Tagen Hr. Schauspieldirektor Vogt aus seinen Winterquartieren zu Graudenz und Bromberg zu uns zurückkehren, und da die frühern Lücken in seiner Gesellschaft durch neugewonnene, angeblich recht tüchtige, Mitglieder ausgefüllt sind, so steht zu erwarten, daß das Publikum durch gelungene Leistungen und Hr. Vogt durch zahlreichen Theaterbesuch zufrieden gestellt werden. Als ein kluger Theater-Präsident — um nicht den unkonstitutionellen Ausdruck „Theater-Monarch" zu gebrauchen — huldigt Hr. Vogt dem Zeitgeiste, und hat zum hiesigen Debüt ein politisches Lustspiel „Fürst, Minister und Bürger" gewählt, das noch an allen Orten, wie uns die Journale berichten, mit ungetheiltem Beifall aufgenommen ist, und neuerdings auch in Graudenz und Bromberg außerordentlich angesprochen hat. Denjenigen indessen, welche an politischen Beziehungen weniger Interesse nehmen, dürfte das Herzberg'sche Vaudeville „Emiliens Herzklopfen" volle Gemüthsbefriedigung gewähren. Hoffentlich werden sich daher die Theater-Räume am Sonntage nach Wunsche füllen.
G.

Musikalisches.

Bei der heutigen Aufführung der Haydnschen Abschieds-Sinfonie sei es mir vergönnt, einen allgemein verbreiteten Irrthum über die Entstehungsweise dieser Sinfonie zu berichtigen. Nicht die vom Fürsten Esterhazy beabsichtige Auflösung seiner Kapelle, an deren Spitze Jos. Haydn von 1761—90 stand, sondern der gegen alles Erwarten verlängerte Aufenthalt des Fürsten auf seinem Sommerschloß Esterhaz, wohin ihn seine Kapelle stets begleiten mußte, gab die Veranlassung zur sogenannten Abschieds-Sinfonie Einige Kapellmitglieder, vor kurzem erst verheirathet, sahen sich durch den längern Aufenthalt in Esterhaz von ihren Frauen getrennt, und wendeten sich deshalb an den Fürsten mit der Bitte, jetzt wie früher in die Winter-Residenz Eisenstadt, wo die Frauen wohnten, zurückkehren zu dürfen. Sie fanden aber keine Erhörung, und baten zuletzt Haydn in ihrer Verzweiflung, Rath zu schaffen. Dieser, gefällig wie immer, kam auf den Einfall, eine Sinfonie zu schreiben, in welcher ein Instrument nach dem andern verstummt. Bei der ersten Gelegenheit wurde diese Komposition in Gegenwart des Fürsten aufgeführt, und jeder von den Musikern war angewiesen, so wie seine Parthie beendigt war, sein Licht auszulöschen, die Noten zusammen zu packen, und mit seinem Instrumente unter dem Arme fortzugehn. Der Fürst und die Anwesenden verstanden den Sinn, und unter vielem Lachen ertheilte er für den andern Tag den Befehl zum Aufbruche von Esterhaz. So erzählt Haydns Biograph, und die Variante, daß Haydn dadurch seinen Fürsten von dem Vorsatze, seine ganze Kapelle zu entlassen, abgewendet, und so vielen Menschen ihren Erwerb wieder gesichert habe, ist zwar poetisch schöner, aber nicht historisch richtig. Hierdurch fällt von selbst die Sage von einer andern Komposition im entgegengesetzten Sinne, wo ein Instrument nach dem andern aufs Orchester gekommen, — diese also gleichsam eine Antritts-Sinfonie dargestellt hätte, gänzlich weg. — Was den zur Gluckschen Ouvertüre zur „Iphigenie in Aulis" angehängten Schluß von Mozart betrifft, so hatte ihn derselbe auf Bitten des Kaiser Leopold, in dessen Kammer-Konzerten diese Ouvertüre oft aufgeführt werden mußte, hinzugefügt. Im Original geht die Ouvertüre gleich in den ersten Chor der Oper über. Jedenfalls hat die jetzige Gestalt dieser Ouvertüre um Vieles gewonnen, und ist als abgerundetes Ganzes von der imposantesten Wirkung. Kambach.

[Für den hier folgenden Theil ist die Redaction nicht verantwortlich].

An die Lehrer.

Ruthen möcht' ich binden, tücht'ge, doch für heute nicht der Jugend;
Denn sie wahrlich ist unschuldig, weiß sie künftig nichts von Tugend,
Weiß sie nichts von Zucht und Sitte, nicht ein Wörtlein von der Treu,
Nicht, daß über uns im Himmel ein gewalt'ger Herrgott sei,
Die Verräther an der Jugend, die Verführer und Verkehrer,
Die, nach eitler Ehre geizend, glaubensledig, liebeleer,
An der anvertrauten Jugend sich verfündigen so schwer;
Die in ihrer Afterweisheit eine Welt zu schaffen meinen,
Und nichts sind mit ihrem Treiben, als ein Aergerniß den Kleinen,
Denen sie in zarte Herzen säen gift'ge Drachensaat,
Daß zuletzt der fromme Glaube nirgends eine Stätte hat. —
Kommen wird der Tag des Zornes für die ungetreuen Hirten,
Ob mit noch so stolzen Waffen heut sie ihre Lenden gürten.
Glaubt, es weiß des Herren Engel euch, ihr Miethlinge, zu finden,
Euch für die verlornen Seelen euer Urtheil zu verkünden.

(Neues Preuß. Sonntagsblatt No. 12.)

Markt-Bericht.

Berlin, den 5. März.

Am heutigen Markt waren die Preise wie folgt: Weizen nach Qualität 55—60 Rthlr. Roggen loco 25½—27 Rthlr., p. Frühjahr 82pfünd. 25¼ a 25 Rthlr. verk. u. Br., Mai/Juni 26 Rthl. Br., 25½ G. Juni/Juli 27 Rthlr. Br., 26¼ G. Gerste, große loco 23—25 Rthlr., kleine 19—21 Rthlr. Hafer loco nach Qualität 14—16 Rthlr., p. Frühjahr 48pfd. 14 Rthlr. Br. Rüböl loco 13½ Rtlr. bez., pr. März 13½ Rthlr. Br., 13⅓ G. März/April do. April/Mai dto. Mai/Juni 13¼ Rtlr. Br., 13⅙ G. Juni/Juli 13⅛ Rtlr. Br., 13 G. August/Sept. 12⅞ Rthlr. Br., 13 G. Sept./Okt. 12 7/12 a ½ Rthlr. bez., 12½ G. Leinöl loco 11 Rthlr. Br.

Spiritus loco ohne Faß 15⅛ Rthlr. bez. März 15⅛ Rthlr. Br., 15 G., p. Frühjahr 15½ Rthlr. Br. Mai/Juni 16 Rthlr. Br. Juni/Juli 16½ Rthlr. Br.

Berliner Börse.

Den 5. März 1849.	Zinsf.	Brief.	Geld.
Preussische freiw. Anleihe	5	101¼	—
Staats-Schuldscheine	3½	79¼	78¾
Seehandlungs-Prämien-Scheine	—	99¼	98¾
Kur- u. Neumärkische Schuldversch.	3½	—	—
Berliner Stadt-Obligationen	5	98¼	97⅞
Westpreussische Pfandbriefe	3½	—	85½
Grossh. Posener "	4	—	96
" "	3½	81½	81
Ostpreussische "	3½	—	90½
Pommersche "	3½	—	91½
Kur- u. Neumärk. "	3½	—	92½
Schlesische "	3½	—	—
" v. Staat garant. L. B.	3½	—	—
Preuss. Bank-Antheil-Scheine	—	87½	86½
Friedrichsd'or	—	13⅙	13 1/12
Andere Goldmünzen à 5 Rthlr.	—	12⅔	12⅙
Disconto	—	—	4½
Eisenbahn-Actien (voll. eingez.)			
Berlin-Anhalter A. B.	4	75	—
" Prioritäts-	4	87½	—
Berlin-Hamburger	4	—	50
" Prioritäts-	4½	92	—
Berlin-Potsdam-Magdeb.	4	—	55¾
" " Prior. A. B.	4	83½	—
" " "	5	—	95
Berlin-Stettiner	4	87	—
Cöln-Mindener	3½	—	78
" Prioritäts-	4½	93	—
Magdeburg-Halberstädter	4	—	108½
Niederschles.-Märkische	3½	—	71⅞
" Prioritäts-	4	86	85¾
" "	5	—	98½
" " III. Serie	5	—	93½
Ober-Schlesische Litt. A.	3½	92½	92
" " B.	3½	92¼	92
Rheinische	—	—	—
" Stamm-Prioritäts-	4	—	—
" Prioritäts-	4	—	—
" " v. Staat garantirt	3½	—	—
Thüringer	4	—	49¾
Stargard-Posener	3½	—	70¼

Druck und Verlag von W. Decker & Comp. in Posen.
Verantw. Redakteur: C. Hensel.

Thermometer- u. Barometerstand, so wie Windrichtung zu Posen, vom 25. Februar bis 3. März.

Tag.	Thermometerstand tiefster	Thermometerstand höchster	Barometerstand.	Wind.
25. Feb.	+ 2,0°	+ 4,0°	28 Z. 6,0 L.	NW.
26. "	+ 3,2°	+ 7,5°	27 " 6,1 "	W.
27. "	+ 0,0°	+ 4,0°	27 " 7,0 "	NW.
28. "	+ 0,7°	+ 6,7°	28 " 1,0 "	W.
1. März	+ 1,0°	+ 3,0°	27 " 7,0 "	SW.
2. "	+ 2,0°	+ 3,0°	27 " 9,0 "	W.
3. "	+ 3,5°	+ 6,3°	27 " 10,1 "	NW.